



Detailansicht des Registereintrags

FINSOZ e. V.

Aktuell seit 02.07.2026 09:52:54

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002189
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	02.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	02.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Ostseestraße 109 10409 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493042084512 E-Mail-Adressen: info@finsoz.de katja.boguslawski@finsoz.de Webseiten: www.finsoz.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,15

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Helmut Ristok**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Prof. Dr. Dietmar Wolff**
Funktion: Stellvertretender Vorstand
3. **Henning Gollmack**
Funktion: Stellvertretender Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. **Helmut Ristok**
2. **Prof. Dr. Dietmar Wolff**

Gesamtzahl der Mitglieder:

187 Mitglieder am 27.10.2025, davon:

26 natürliche Personen

161 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (4):

1. Deutscher Verein e. V.
2. Kompetenzzentrum Gesundheitswirtschaft e. V.
3. AWW - Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V.
4. Deutsche Gesellschaft für Management und Controlling in der Sozialwirtschaft e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (5):

Berufliche Bildung; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Verfassen und Einreichen von Stellungnahmen zwecks Mitwirkung an Gesetzes- oder Verordnungsvorhaben, Ansprache von Entscheidungsträger:innen wie Mitgliedern des Bundestags, Fraktionen oder Ausschüssen, Informations- und Kommunikationsarbeit gegenüber politischen Akteur:innen, (Mit-)Organisation oder Teilnahme an Veranstaltungen mit politischen Entscheidungsträger:innen

Durchführung, Begleitung und Beratung von Forschungsprojekten und wissenschaftlichen Veranstaltungen auf dem Gebiet der Sozialinformatik; Sammlung und Bereitstellung relevanter Informationen für die Förderung sozialinformatischer Bildung und Forschung sowie die wissenschaftliche Auswertung und zeitnahe Veröffentlichung der Daten; Maßnahmen zur

Schulung, Fort- und Weiterbildung im Bereich der Sozialinformatik; Der Verband kann zudem die in der Wohlfahrtspflege tätigen steuerbegünstigten Organisationen und Unternehmen in Hinblick auf nutzbringende IT-Lösungen beraten und unterstützen; Verfassen und Einreichen von Stellungnahmen zwecks Mitwirkung an Gesetzes- oder Verordnungsvorhaben.

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. "Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz (GDAG)" hinsichtlich Kompetenzerweiterungen überarbeiten

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Anpassung des GDAG-Entwurfs hinsichtlich der Rollen, Befugnisse und Steuerungsmechanismen der Digitalagentur Gesundheit. Angestrebt werden: klar abgegrenzte Aufgaben- und Eingriffsrechte, transparente Verfahren zur Aufgabenübertragung durch Rechtsverordnung, verbindliche Beteiligungs- und Mitwirkungsstrukturen für die Pflege und für Hersteller pflegerischer Primärsysteme, einheitliche Regeln zur Steuerung, Zertifizierung und Störfallkommunikation in der Telematikinfrastruktur, die Sicherstellung marktkonformer Wettbewerbsbedingungen, die Einbindung der Pflege in Schlichtungs- und Entscheidungsstrukturen sowie praxistaugliche Vorgaben zur Datenbereitstellung, Interoperabilität und Systemverantwortung.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 377/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13249 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit - (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG) (Vorgang)

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406270040 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. **"Pflegekompetenzgesetz - PKG" um Prozess- und Digitalkompetenzen ergänzen**

Beschreibung:

Angestrebt werden u. a. folgende Ergänzungen im PKG: Festschreibung von Entwicklung, Schulung und Nutzung von Prozess- und Digitalkompetenzen in der Pflegeprofession; die Anpassung der Kostenerstattungen für die von Software-Herstellern erbrachten Leistungen sowie die Absenkung wirtschaftlicher und organisatorischer Einstiegshürden für Hersteller; die Bereitstellung standardisierter Evaluationskonzepte; die Nutzung bestehender digitaler Schnittstellen für Prüf- und Kommunikationsprozesse; die Weiterentwicklung der Telepflegeregelungen sowie die verbindliche Einbindung digitaler Fachkompetenz in Modell- und Erprobungsvorhaben.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]

3. **Pflegekompetenzgesetz (PKG) Stärkung digitaler Pflegekompetenzen und praxistauglicher Regelungen im Gesundheitswesen**

Beschreibung:

Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit zum Pflegekompetenzgesetz (PKG) in der Fassung vom 23. Juni 2025. Gegenstand der Interessenvertretung ist die Weiterentwicklung der gesetzlichen Regelungen zur Stärkung der Pflegekompetenz sowie zur Ausgestaltung digital unterstützter Pflegeprozesse. Die Interessenvertretung bezieht sich insbesondere auf Regelungen zur Digitalisierung in der Pflege, zur Nutzung und Standardisierung digitaler Anwendungen, zur praxistauglichen Ausgestaltung von Pflege- und Dokumentationsprozessen, zur Einbindung der Pflege in digitale Versorgungsstrukturen sowie zur Berücksichtigung von Anforderungen an interoperable und barrierearme Systeme im Gesundheits- und Sozialwesen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Pflegekompetenz

Datum des Referentenentwurfs: 03.09.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606290090 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.07.2025 an:

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

220.001 bis 230.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Einnahmen_Ausgaben-Rechnung-2024_Taetigkeitsbericht_2025_FINSOZ.pdf](#)